

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellesrgd.ch

29. April 2020

Dossier 6396, «10vor10» vom 18. März 2020: «Coronavirus: 100 Milliarden Nothilfe gefordert» (Swiss)

Sehr geehrter Herr X

Mit Ihrer E-Mail vom 18. März beanstandeten Sie den «10vor10»-Beitrag zur Nothilfe. Insbesondere bezeichneten Sie die «Swiss» als allfällige Bezügerin von Wirtschaftshilfe als «Schande». Die «Swiss» gehöre zur Lufthansa-Gruppe und damit würde die deutsche Firma das Geld erhalten.

Sie erhalten mehr als einen Monat nach Ihrer Beanstandung den Schlussbericht, der angesichts der Entwicklung eigentlich überholt ist. Natürlich wäre eine raschere Antwort angebracht gewesen. Dass wir seitens der Ombudsstelle erst jetzt reagieren, hat damit zu tun, dass die Ombudsstellen-Leitung Ende März gewechselt hat und der Bundesrat die Verwaltungsfristen wegen der Corona-Krise verlängert hat, was auch die Beanstandungsfristen verlängerte. Wir bitten Sie, diese Verzögerung zu entschuldigen.

Die Redaktion nahm schon länger wie folgt Stellung:

Anlass und Fokus des Beitrages

Der Bundesrat hatte am Freitag, 13. März ein Hilfspaket von 10 Milliarden Franken für die von der Corona-Krise betroffene Wirtschaft bekannt gegeben. Übers Wochenende und auch anfangs der neuen Woche waren in mehreren Zeitungen Stimmen von Ökonomen laut geworden, welche diese Summe als zu tief betrachteten. Am 18. März forderten die beiden ETH-Wirtschaftsprofessoren Jan-Egbert Sturm und Hans Gersbach einen Fonds von 100 Milliarden Franken.

Am 19. März fand die Jahresmedienkonferenz der Swiss statt, an der sie über das Jahresergebnis 2019 und über den Ausblick auf das laufende Jahr informierte. Die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Flugverkehr waren die zentralen Themen dieser Medienkonferenz (siehe Swiss PDF).

Die Sendung 10vor10 greift aktuelle Themen des Tages auf, wie die Forderung der ETH-Wirtschaftsprofessoren. Die Sendung antizipiert aber auch Themen, die erst am Tag danach (oder später) tagesaktuell sind. Diese Arbeitsweise ist in allen Medien weit verbreitet und absolut üblich. Für die Sender der SRG ist diese Arbeitsweise zudem mit der Programmautonomie im Bundesgesetz über

Radio und Fernsehen (RTVG) abgesichert, indem festgehalten wird, dass die Programmveranstalter "in der Wahl der Themen, der inhaltlichen Bearbeitung und der Darstellung ihrer redaktionellen Publikationen" frei sind (<https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20001794/index.html>).

Der beanstandete Beitrag in der Sendung 10vor10 informiert einerseits über die Forderung der ETH-Professoren nach einem 100-Milliarden-Fonds. Der Beitrag beleuchtet andererseits die Situation von zwei Wirtschaftszweigen, dem Bereich Tourismus/Luftfahrt sowie dem Bereich der vielen KMU. Im Splitscreen werden Bars/Restaurants, Kleiderläden und Blumengeschäfte explizit als Beispiele für kleine und mittlere Betriebe erwähnt. In dieser Logik kommen daher Vertreter beider Wirtschaftszweige zu Wort. Es sind Hotelplan-Geschäftsführer Thomas Stirnimann, der ehemalige Swissair-Manager Matthias Mölleney sowie der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes Hans-Ulrich Bigler.

Swiss

Die Redaktion verweist in diesem Zusammenhang auf ein paar Fakten: Die Swiss ist eine Gesellschaft mit Sitz in der Schweiz (Hauptquartier in Zürich, rechtlicher Sitz in Basel). Sie beschäftigt rund 9'000 Angestellte, von denen über 90 Prozent in der Schweiz leben. Die Swiss befördert nicht nur Passagiere von und nach der Schweiz; sie unterhält auch einen grossen Cargo-Bereich, der für die Schweizer Wirtschaft (Importe und Exporte) von Bedeutung ist. Die Swiss vergibt auch Aufträge an kleine und mittlere Unternehmen in der Schweiz.

Die Frage, in welcher Form der Bund die Swiss unterstützen könnte (Überbrückungshilfe, Kapitalerhöhung mit neu einer Bundesbeteiligung, Liquiditätshilfe, etc.) war nicht Gegenstand des Beitrages am Tag vor der Medienkonferenz der Swiss. Der Bundesrat hat am 8. April bekannt gegeben, dass er an einem Unterstützungskonzept für die Flughäfen und die Luftfahrtindustrie arbeitet, mit klaren Bedingungen an die Unternehmungen. Das Thema "staatliche Hilfe" für die Swiss wird alle Sendungen von SRF weiter beschäftigen und entsprechend den publizistischen Leitlinien kontrovers behandelt werden.

Im Beitrag wird nirgends gesagt, dass es sich bei der Swiss um ein KMU handelt.

Fazit

Die Sendung 10vor10 hat die Diskussion um eine Erhöhung der staatlichen Hilfen für die Wirtschaft in der Corona-Krise aufgenommen und sie am Beispiel zweier Branchen beleuchtet. Der Beitrag war sachgerecht. Das Publikum konnte sich unvoreingenommen eine unabhängige Meinung bilden.

Ich bitte Sie, die Beanstandung in diesem Sinne zu beantworten.

Die **Ombudsstelle** nimmt wie folgt Stellung: Es versteht sich von selbst, dass 10vor10 als Aktualitätssendung in erster Linie die zu dieser Zeit bekannten Neuigkeiten darlegt und interpretiert. Zum Zeitpunkt des besagten 10vor10-Beitrags hat die Redaktion absolut sachgerecht berichtet, was im Zusammenhang mit der «Swiss» diskutiert wird und ganz sicher noch weitgehender diskutiert werden wird. Das war in den Wochen danach ja auch ausgiebig der Fall. Zum damaligen Zeitpunkt ging die Debatte, ob und wie der Bund der «Swiss» wirtschaftliche Unterstützung gewährt, erst los. In den letzten Wochen hat SRF wiederholt und unter Beleuchtung der verschiedensten Aspekte darüber berichtet, was eine finanzielle Unterstützung der deutschen Tochtergesellschaft «Swiss» bedeuten würde, welche Gründe dafür und welche dagegen sprechen. Zum damaligen Zeitpunkt in Ihrem Sinn in einer Informations-Sendung mit beschränkter Zeit darüber zu berichten, wäre vermessen gewesen.

Sollten Sie an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) gelangen wollen, legen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung bei.

Wir möchten uns nochmals dafür entschuldigen, dass diese Stellungnahme so spät, wenngleich fristgemäss, erfolgt und verbleiben

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG.D